

bleibt jedoch seltsam leer. Der Glaube bleibt „fremd, irrational, sein Ursprung unbekannt“ (Michele Estève, in: *Esprit*, Oktober 1986, S. 100). Ist es doch kein Zufall, daß – ausgerechnet – das Gebet in dieser Interpretation des kontemplativen Ordenslebens ausgespart bleibt.

Das Christentum lieferte das Beispielmateriale

Cavalier sagt von sich, daß er leidenschaftlich an allem interessiert sei, was Menschen an Mythen und Religionen erfunden hätten, um damit zu erklären, was an sich unverständlich sei. Die Evangelien und Jesus, dieser „erstaunlichste Mensch in der Geschichte der Menschheit“, faszinierten ihn. Ob dieser Jesus hingegen Sohn Gottes gewesen sei, darum sorge er sich weniger (La Croix, 24. 9. 86). Therese von Lisieux ist für ihn die Allegorie einer Radikalität, eines Zu-sich-Kommens, einer Liebe, die moderne Menschen verlernt zu haben scheinen. Was

hier Mythos und Mysterium genannt wird, muß nicht unbedingt etwas mit Christentum zu tun haben, das Christentum lieferte in diesem Fall lediglich das nötige Ausdrucks- und Beispielmateriale. Mit „Thérèse“ ist Alain Cavalier zweifellos etwas gelungen, das in der heutigen Kulturproduktion Seltenheitswert hat: er hat Wesentliches an der Heiligen des kleinen Weges für heutige Menschen aufgeschlossen; er hat das gerade auch in Frankreich nicht selten blaßgewordene Wachsgesicht eines verkitschten Heiligenbildes auf seine menschlichen Züge hin durchsichtig gemacht. Dennoch bleibt er auf halbem Wege stehen. Ist das vielleicht die Art, wie heutige Agnostiker mit Versatzstücken der christlichen Glaubens- und Frömmigkeitstradition agieren können, sie interessant finden, sich selbst als irgendwie religiös verstehen, Spiritualität für sich reklamieren, ohne daß es sich aber um den christlichen Glauben handeln muß, mit dem diejenigen zu leben versuchen, die sich Gläubige nennen?

Klaus Nientiedt

Kurzinformationen

ZdK-Kommission nimmt zum Thema Nationalstaat Stellung.

In einer vom 16. Oktober 1986 datierten Erklärung – die hier nachzutragen ist – nimmt die Kommission I des Zentralkomitees deutscher Katholiken („Politik – Verfassung – Recht“) zum Thema Nation und Nationalstaat Stellung. Das Papier aus dem ZK ist fast völlig unbeachtet geblieben, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß es sich weder auf eine brisante, wenn auch nur noch historisch interessante Auseinandersetzung um *Idee und Realität des Nationalstaats* und deren Folgewirkungen einläßt noch den Nationalstaat schlechterdings für obsolet erklärt. Vielmehr zitiert es zustimmend Johannes Paul II., der „das Recht der Nation in die gleiche Linie mit dem Primat der Familie bei der Erziehung der Menschen zu einer wirklichen Humanität“ stellt. Auch der *Begriff Nation* wird nicht weiter ausgeleuchtet, was angesichts eines wieder erstarkenden Nationalbewußtseins als kritisches Korrektiv sicher hilfreich wäre. Festgehalten zu werden verdienen indessen zwei Aspekte: einmal wird auf die grundlegend unterschiedliche Situation in den Entwicklungsländern hingewiesen, wo sich in der nachkolonialen Ära Nationalstaaten erst bildeten wie im Europa des 19. Jahrhunderts. Zum anderen wird in bezug auf die deutsche Situation zwar dem Nationalstaat nicht endgültig eine Absage erteilt, wohl aber deutlich gemacht, daß dieser nicht die einzige Möglichkeit sei, im Sinne der Präambel des Grundgesetzes „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, weil die *Freiheit Vorrang vor der Einheit* habe. „Die Last der Teilung“, die die gegenwärtige Existenz zweier deutscher Staaten unterschiedlicher Systeme dar-

stelle, würde bereits weitgehend entfallen, wenn alle Deutschen in den Genuß der politischen Freiheit kämen. Ausdrücklich wird auch darauf hingewiesen, daß die in Sprache, Kultur und menschlichen Beziehungen bestehende Einheit des deutschen Volkes ja viel älter sei als die Epoche, in der sie ihre politische Gestalt in Form des Nationalstaats fand.

Mehrere evangelische Synoden haben sich die Forderung nach baldmöglichem Ausstieg aus der Kernenergie zu eigen gemacht.

Bei einer Sondertagung nahm die Synode der *Nordelbischen Kirche* mit großer Mehrheit eine Erklärung ihres Umweltausschusses entgegen, die dazu dienen soll, den Denk- und Beratungsprozeß in der Kirche und den Dialog in der Gesellschaft voranzutreiben. Die Erklärung, der die Synode „im Grundsatz“ zustimmte, stellt fest, das christliche Bekenntnis zur Welt als Gottes Schöpfung und zur Erlösung durch Jesus Christus schließe aus, „daß Christen die Anwendung von Techniken bejahen, von denen nach intensiver und umfassender Prüfung zu sagen ist, daß ihre Anwendung durch das Versagen einzelner, Gruppen oder Völker weltweite Katastrophen schöpfungsbedrohenden Ausmaßes auslösen kann“. Die Aufgabe, Schöpfung zu bewahren, fordere die Entwicklung von Formen der Energiegewinnung, die schöpfungsverträglicher seien und die Menschen in ihren begrenzten Möglichkeiten nicht überforderten. Für die Übergangszeit, in der Kernenergie noch genutzt wird, fordert die Erklärung einen möglichst hohen Sicherheitsstandard für Reaktoren. Die Nutzung der Kernenergie soll auf einen eng begrenzten Zeitraum beschränkt, der

Energieeinsatz insgesamt reduziert werden. Die Synode der *Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau* sprach sich in einer am 4. Dezember verabschiedeten Erklärung für einen Verzicht auf die weitere Nutzung der Kernenergie und den Umstieg auf alternative, die Umwelt weniger belastende Energieformen aus. Zur Begründung wird festgestellt, Reaktorunfälle in Ost und West, vor allem die Katastrophe von Tschernobyl, hätten gezeigt, daß die technische Handhabung der Atomkraft ein großes Risiko berge. Eingriffe in die Natur könnten vor Gott nur dann verantwortet werden, wenn sie nicht das gegenwärtige und zukünftige Leben bedrohten. Ebenfalls am 4. Dezember verabschiedete die Synode der *Evangelischen Kirche von Kurbessen-Waldeck* eine Erklärung, die den schnellstmöglichen Umstieg von der Kerntechnik zu anderen Formen der Energiegewinnung befürwortet. Wie schnell ein Ausstieg aus der Atomenergie möglich sei, könne die Kirche aufgrund mangelnder Kompetenz nicht beurteilen.

Das Bundesland Hessen und der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen schließen Staatsvertrag.

Der Vertrag entspricht den Verträgen des Landes Hessen mit den evangelischen Landeskirchen von 1960 und den katholischen Bistümern in Hessen von 1963. Durch den Staatsvertrag werden die bisher vom Land Hessen freiwillig erbrachten finanziellen Leistungen an die jüdischen Gemeinden (im Jahr 1986 waren dies knapp 143 000 DM) auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Ziel des Vertrages ist – so die Präambel –, „das freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Land und der jüdischen Glaubensgemeinschaft zu fördern und zu festigen“. Artikel 1 des Staatsvertrages sieht vor, daß sich das Land Hessen „aufgrund der historisch bedingten besonderen Verhältnisse zu seinen jüdischen Bürgern und zur Erhaltung und Pflege des gemeinsamen deutsch-jüdischen Kulturerbes“ an den Ausgaben des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden mit Beginn des Haushaltsjahres 1987 mit jährlich zwei Millionen DM beteiligt. In Artikel 5 sieht der Vertrag regelmäßige Konsultationen vor, wie sie auch zwischen der Landesregierung und den christlichen Kirchen praktiziert werden. Hessens Ministerpräsident *Holger Börner* sagte in einer Erklärung aus Anlaß der Vertragsunterzeichnung am 11. November, daß einige der Ansichten gewesen seien, die jetzt getroffenen Regelungen hätten auch unterhalb der Ebene eines Staatsvertrages vereinbart werden können. Man habe jedoch die Form des Staatsvertrages bewußt gewählt, weil man hiermit ein Zeichen setzen wolle.

Christliche Friedensgruppen fordern entschiedeneres Friedensengagement der Kirchen.

Mehr als 1000 Mitglieder katholischer und evangelischer Friedensgruppen aus der Bundesrepublik und West-Berlin kamen Ende November zur „2. Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung

der Schöpfung“ in Siegen zusammen. Getragen wurde dieses Treffen von rund 30 Organisationen, Gruppen und Initiativen. Eine erste Versammlung dieser Art hatte vor zwei Jahren am gleichen Ort stattgefunden. In dem in Siegen verabschiedeten Manifest heißt es, Kirchen und Christen seien herausgefordert, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten. An der Antwort auf diese Herausforderungen entscheide sich heute Nachfolge oder Verleugnung Jesu. Man stelle sich hinter die Forderung nach einem „Konzil des Friedens“. Die Teilnehmer des Siegener Treffens verpflichteten sich zu einem Handeln, das sich gegen „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ stelle, das sich an der Not und den Bedürfnissen der Armen und Verfolgten ausrichte und zu einem schonenden Umgang mit der Natur. Als Beispiele für ein solches Handeln werden in dem Manifest u. a. genannt: Solidarität mit Asylanten, Unterstützung gewaltfreier Widerstandsformen, Boykott- und Sanktionsmaßnahmen gegen die Republik Südafrika, Aufbau einer „Sanctuary-Bewegung“ in der Bundesrepublik, Eintreten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Ein Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland wies den Vorwurf zurück, die Stellungnahmen der EKD zu den entsprechenden Fragen seien zu wenig konkret. Im übrigen gebe es für die EKD keine Abstriche an der bisherigen Position in der Friedensfrage: Das System der atomaren Abschreckung müsse überwunden werden. Der Präsident der Internationalen Pax Christi, der frühere Wiener Erzbischof Kardinal *Franz König*, sprach sich in einem Grußwort für einen konziliaren Prozeß aus.

Bischof von Antwerpen schreibt Hirtenbrief über Pfarreien ohne Priester.

In seinem Hirtenbrief betont Bischof *Paul Van den Berghe*, die Pfarrei sei, obwohl sie nicht alles leisten könne, immer noch eine einzigartige Chance, heute gemeinsam Kirche zu sein. Ungeachtet der Hoffnung, daß es in Zukunft wieder mehr Priester geben werde, gelte es, den *Priestermangel* als Faktum anzuerkennen und die damit gegebene Situation ruhig und mutig anzupacken. Der Bischof von Antwerpen hebt in seinem Hirtenbrief hervor, daß seit dem Konzil neben dem Priester andere kirchliche Dienste entstanden seien: Der ständige Diakon und der Beruf des Pastoralreferenten. Er hoffe, so Bischof Van den Berghe, daß sich noch viele Männer für den Dienst als ständiger Diakon entscheiden würden und daß es noch viele gute Pastoralreferentinnen und -referenten geben werde. An vielen Orten, an denen sie im Einsatz seien, werde der Dienst der Pastoralreferenten sehr geschätzt. Verwiesen wird auch auf das stärker gewordene Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung in der Kirche. Auf diesem Hintergrund stellt der Hirtenbrief fest, daß es im Bistum Antwerpen bald Pfarreien ohne einen am Ort wohnenden Priester geben werde. Ein oder mehrere Priester würden dann für mehrere Pfarreien zuständig sein. Diese Entwicklung verlange

viel von den Priestern: „Wir alle müssen ihnen dabei helfen, und wir müssen begreifen, daß wir nicht länger alles von ihnen verlangen und erbitten können, als ob sich die Lage nicht verändert hätte.“ Es gebe viele Dinge, die der Priester nicht selber tun müsse; er trage dann die letzte und erste Verantwortung dafür, daß sie getan würden und gut getan würden. In den Pfarreien müßten die not-

wendigen Strukturen aufgebaut werden, um die gemeinsame Verantwortung auch realisieren zu können. Damit dürfe man nicht warten, bis die Pfarrei keinen Priester am Ort mehr habe. Benachbarte Pfarreien sollten stärker zusammenarbeiten. Jede Krisensituation, so Bischof Van den Berghe, beinhalte auch neue Chancen, sie rufe zur Besinnung und zu neuem Engagement auf.

Bücher

FRANZ-XAVER KAUFMANN / WALTER KERBER / PAUL M. ZULEHNER, **Ethos und Religion bei Führungskräften**. Eine Studie im Auftrag des Arbeitskreises für Führungskräfte in der Wirtschaft München. Peter Kindt-Verlag, München 1986. 348 S. 32,- DM.

Über den Inhalt des Buches haben wir bereits berichtet, als die ersten Ergebnisse der Untersuchung der Presse vorgestellt wurden (vgl. HK, April 1986, 161 f.). Jetzt liegt die sorgfältig bearbeitete und betreute Gesamtauswertung vor. Sie bringt eine Fülle (einer eigenen Darstellung bedürftigen) interessanter Aufschlüsse über Bewußtseinszustände und Verhaltenseinstellung bezüglich Ethos und Religion bei Führungskräften, manche Alltagserfahrungen bestätigend, andere korrigierend. Der besondere Wert der Studie liegt nicht in ihrer Repräsentativität: Es handelt sich ausschließlich um Befragungen in den Großräumen München und Nürnberg. Die Gruppe der Befragten ist mit 530 relativ klein. Die Kategorie „Führungskraft“ ist, wie Einzelbeispiele oder auch die Variablen Betriebsgröße und Einkommenshöhe zeigen, eher weit gefaßt. Was die Studie dennoch wertvoll macht, ist neben der Tatsache, daß hier Neuland betreten wird – eine vergleichbare Studie über Glaubens-, Kirchen- und Ethoseinstellungen bei Führungskräften liegt bisher nicht vor, der Bereich wurde bisher sowohl von möglichen Auftraggebern wie von der Forschung sträflich vernachlässigt – und die für die wissenschaftliche Auswertung verantwortlich Zeichnenden sich um ein Höchstmaß an methodischer Klarheit und Zugänglichkeit bemühen, das Ineinander von Gruppengesprächen, Einzelgesprächen und standardisierten Interviews und die Art ihrer Auswertung. Führen die verschiedenen Skalenbildungen, in denen jeweils eine Reihe verwandter Indikatoren zusammengefaßt werden zu einer wesentlichen Informationsverdichtung, so vermögen Rückgriffe auf längere Zitate aus Einzelgesprächen das Ergebnis aus der Grundauszählung und der Querauswertungen besonders gut zu veranschaulichen. Der einheitliche Tenor – ein nur sehr geringer Rückbezug auf Glaube, Kirche und vom Christentum dargestellte ethische Maximen, in täglichen Entscheidungssituationen der Befragten – wird in der Auswertung (bes. von W. Kerber) wohl ein wenig überbewertet. Denn daß Glaube, Kirche und ethische

Maximen (direkt jedenfalls) in der Wahrnehmung der täglichen Verantwortung nur eine geringe Rolle spielen, hat doch wohl nicht nur mit geringerem Glaubensbezug oder schwindender Kirchnähe, sondern nicht minder damit zu tun, daß Entscheidungssituationen *weitgehend faktisch bestimmt* sind; wollte man das Gegenteil annehmen, würde dies eher auf ein kirchlich verengtes Wirklichkeitsbild schließen lassen. Auch zu einer der Grundthesen, mit der Lockerung der Glaubensbindung nehme eine opportunistische Grundhaltung zu, und diese präge sich besonders unter den jungen Jahrgängen aus, dürften Rückfragen angebracht sein. Geht es nicht eher um eine Subjektivierung des Ethos (vgl. die starke Rolle des – wie immer interpretierten – Gewissens). Und erklärt sich die besondere Ausprägung bei den Jüngeren *teilweise* nicht auch dadurch, daß bei ihnen weniger Bewußtseinskaschierung betrieben, also auch im standardisierten Interview unbefangener geantwortet wird? D. S.

ANTON RAUSCHER (Hg.), **Die Frau in Gesellschaft und Kirche. Analysen und Perspektiven**. Soziale Orientierung Band 4. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1986, 293 S. 40,- DM.

Man kann, wenn man will, die vorliegende Publikation als Fortsetzungsband der seinerzeit von Rauscher/Schmidtchen besorgten „Frauenstudie“ (Die Situation der Frau. Trendbeobachtungen über Rollen- und Bewußtseinsveränderungen in der Bundesrepublik Deutschland, Soziale Orientierung Band 3, Berlin 1984; vgl. HK, November 1984, 527 ff.) sehen. Nur sollten damit keine falschen Vorstellungen verbunden werden. Initiator ist auch diesmal wie bei der Frauenstudie die Wissenschaftliche Kommission bei der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach. Und der Bischof von Hildesheim, *Joseph Homeyer*, der seinerzeit als Sekretär der Bischofskonferenz mit dem verstorbenen Karl Forster die Studie mit auf den Weg gebracht hatte, stützt den Band durch ein Begleitschreiben. Aber es handelt sich nicht um einen Kommentarband zu der von Schmidtchen seinerzeit vorgenommenen Auswertung demoskopischer Daten. Nur Schmidtchen selbst bezieht